



Künstliche Intelligenz an den EU-Außengrenzen: Menschenrechte sind nicht verhandelbar

"Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören [...]."

Das Zitat stammt dem [Art. 2 des Vertrags von Lissabon](#) (2009) und beschreibt ganz klar, wofür die EU stehen will. Mit Blick auf die Geschehnisse an den europäischen Außengrenzen (und darüber hinaus), muss allerdings die Frage gestellt werden, ob die im Zitat beschriebenen Werte auch wirklich politisch umgesetzt werden und für wen sie gelten.

Die EU verfolgt verschiedene Strategien zur Abschottung ihrer Außengrenzen, insbesondere um unerlaubte Einwanderung zu verhindern. Eine dieser Strategien ist die sogenannte [Externalisierung der Außengrenzen](#). Durch [Abkommen mit Drittstaaten](#), die oft Transitländer auf den Fluchtrouten nach Europa sind, verlagert die EU ihre Außengrenzen. Das bedeutet, dass Schutzsuchende bereits auf ihrer Flucht daran gehindert werden, ihren Weg nach Europa fortzusetzen. Ein Beispiel hierfür sind [Libyen](#) und [Tunesien](#), zwei der wichtigsten Transitländer auf der zentralen Mittelmeer-Route nach Europa. Deren Behörden und Grenzregime werden von der [EU hauptsächlich finanziell unterstützt](#), aber auch durch die Ausbildung ihres Personals. Auf diese Weise überträgt die EU faktisch die Verantwortung für Grenzkontrollen an die Grenzregime verschiedener Nicht-EU-Staaten und entzieht sich ihrer Verpflichtung, Geflüchteten internationalen Schutz zu gewähren. Dies führt dazu, dass Menschen oft erst gar nicht die Möglichkeit haben, die EU zu erreichen und dort Asyl zu beantragen.

Schon lange werden moderne Überwachungstechnologien an den EU-Außengrenzen genutzt. Nun will die EU die Grenzkontrollen und damit ihre Abschottungspolitik durch die Verwendung von Künstlicher Intelligenz teilweise automatisieren.

Millionen für die Forschung: KI-Überwachung an EU-Grenzen unter Kritik

Zum Einsatz von KI-Technologien im europäischen Grenzschutz wurden in den letzten Jahren einige Forschungsprojekte in Millionenhöhe durch die EU gefördert, über die das [ZDF Magazin Royale](#) in Zusammenarbeit mit [Algorithm Watch](#) in der [Folge vom 24.05.2024](#) berichtete. Im Konkreten wurden von der EU mehrere Forschungsprojekte in Höhe von über [17 Millionen €](#) gefördert. Die Forschung zielte unter anderem auf autonome Grenzüberwachung ab.

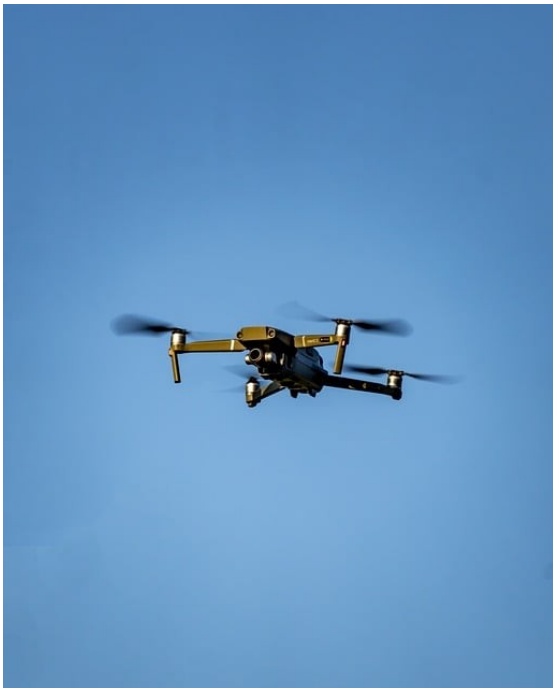


Foto: pixabay

Im Projekt [ROBORDER](#) soll ein "funktionsfähiges, autonomes Grenzüberwachungssystem" entwickelt werden. Dafür sollen unbemannte mobile Roboter (Luft-, Wasseroberflächen-, Unterwasser- und Bodenfahrzeuge) genutzt werden, die ["illegale Aktivitäten und gefährliche Zwischenfälle"](#) erkennen und die Polizeibehörden über [„verdächtige“ Menschen informieren](#) sollen.

Mit „verdächtigen“ Menschen an den EU-Außengrenzen sind mit sehr großer Wahrscheinlichkeit Geflüchtete gemeint, die direkt an den Küsten oder an Land erkannt und gemeldet werden sollen.

Außerdem wurde ROBORDER im Rahmen des EU-Forschungsprogramms "Horizon 2020" finanziert, welches ausschließlich für zivile Zwecke gedacht ist. Allerdings geht aus Recherchen hervor, dass das ROBORDER-System der griechischen Marine vorgestellt worden ist und auch andere [Militäreinheiten als Endnutzer*innen](#) in Frage kommen könnten: damit kann eine militärische Nutzung des Systems nicht ausgeschlossen werden und diese steht definitiv im Widerspruch zu den Fördergeldern des Projekts. Die EU sieht darin allerdings keinen Widerspruch, mit der Begründung, dass Militäreinheiten für die ["zivile Sicherheit"](#) sorgen würden.

Mit dem EU-geförderten Forschungsprojekt [NESTOR](#) soll ein weiteres Überwachungssystem für die EU-Grenzen ausgearbeitet werden. Bei diesem Projekt werden optische, Wärmebild- und Hochfrequenzspektrumsanalyse-Technologien genutzt. Drohnen operieren unter anderem an Land und Wasser und sollen bewegliche Ziele (z. B. Personen, Schiffe, Fahrzeuge, Drohnen usw.) erkennen, klassifizieren und verfolgen. Die KI soll dabei auch in Gebieten genutzt werden, die nicht mehr zum eigenen Territorium gehören, aber relevant für die EU sind. Sehr wahrscheinlich sind damit auch internationale Gewässer

gemeint und eine klare Eingrenzung, wo die Technologie genutzt werden soll, entfällt damit.

In einem [Testvideo](#) (ab Minute 25) ist zu sehen, wie Migrant*innen durch Drohnen und Roboter entdeckt und von Bodentruppen festgenommen werden. Flüchtende werden dabei wie Terrorist*innen behandelt, die mit allen Mitteln aufgespürt und abgefangen werden müssen. Es wird ein Bild produziert, das in das rassistische Narrativ der "Invasion von Migrant*innen" passt und ein zerbrechliches Europa konstruiert, das sich vor einer Gefahr schützen muss. Migrant*innen überqueren das Mittelmeer und andere Außengrenzen der EU nur, da es keine sicheren Fluchtwege gibt, um ihr Recht auf Beantragung von internationalem Schutz (nach der [Genfer Flüchtlingskonvention](#) und der [Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte](#)) in Anspruch zu nehmen.

Bei all diesen Forschungsprojekten werden Geflüchtete auf eine derart entmenschlichende Weise als "Gefahr" dargestellt, sodass ihre Rechte, wie beispielsweise die individuelle Durchführung eines Asylverfahrens, nicht mehr ansatzweise Thema sind.

Die Forschungsgruppe von NESTOR hat auch selbst in einer [Risikoanalyse \(ab Minute 26\)](#) festgestellt, dass die entwickelte KI einige Gefahren birgt: Durch ihre Forschung könnte eine Technologie entwickelt werden, die auch für kriminelle oder terroristische Zwecke missbraucht werden kann. Zudem könnte die entwickelte Überwachungstechnologie die Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten einschränken und durch Profiling-Technologien könnten Menschen stigmatisiert und diskriminiert werden.

In einem weiteren Forschungsprojekt namens [iBorderCtrl](#), soll ein virtueller Avatar eines Grenzbeamten Einreisende aus Drittstaaten befragen und durch KI-Gesichtsanalyse erkennen, ob eine Person lügt und dementsprechend eine Einschätzung über das Gefährdungspotential geben. In einem zweiten Schritt soll das noch von einem menschlichen Beamten überprüft werden. [Algorithm Watch](#) beschreibt das folgendermaßen: „Die EU stellt sich die Zukunft so vor, dass „[gesetzestreue](#)“ Reisende ihre Freiheit genießen dürfen, während „riskante“ Personen automatisch für weitere Kontrollen aussortiert werden.“ Es gibt wissenschaftliche Einigkeit, dass diese Technologie kaum verlässlich ist.

Was ist das Problem mit KI-Gesichtserkennung?

Die Auslagerung des Grenzschutzes durch KI-gesteuerte Gesichtserkennung wird Diskriminierung und Rassismus weiter manifestieren und normalisieren. Fälschlicherweise wird KI in ihren Entscheidungs- und Handlungspraktiken häufig als „neutral“, und damit fair und frei von Vorurteilen, betrachtet.

[Dr. Joy Buolamwini](#) von der [Algorithm Justice League](#) ordnet die Funktions- und Wirkweise von KI-Gesichtserkennung sehr gut in einen gesellschaftskritischen Diskurs ein: Zwar ist die Künstliche Intelligenz per se nicht rassistisch oder diskriminierend, allerdings wird häufig vergessen, dass die KI mit den Daten „lernt“, die ihr zur Verfügung gestellt werden. Sie ist darauf programmiert, Wahrscheinlichkeiten zu bestimmen und zu “erkennen”. Dazu wurde die KI mit einer großen Menge an Daten gefüttert, um diese Unterscheidungen zu “lernen”.

Das Problematische dabei ist, dass die Daten, anhand derer die KI lernt, überwiegend Fotos von *weißen*, männlich gelesenen Personen sind. Daraus ergibt sich, dass die Gesichtserkennung bei *weißen*, männlich gelesenen Personen sehr gut funktioniert, da der Datensatz für diese Gruppe am größten war und somit die Wahrscheinlichkeit zur Erkennung am höchsten ist. Die KI hat erheblich weniger Daten von BIPOC erhalten und trans-Menschen waren im Datensatz überhaupt nicht enthalten, weshalb die [Gesichtserkennung](#)

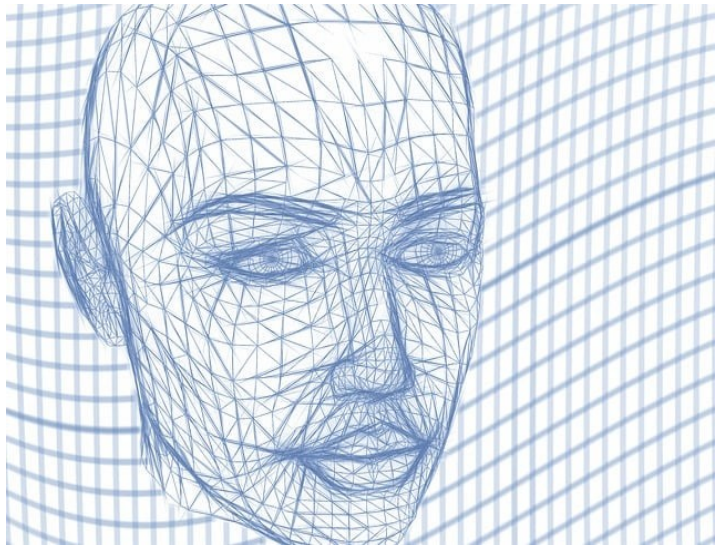


Foto: pixabay

für diese Personen und weitere marginalisierte Gruppen signifikant schlechter und fehlerhafter funktioniert. Durch dieses Ungleichgewicht bei den Daten, die in die KI eingespeist werden, zeichnet sich eine Reproduktion (und vielleicht sogar eine Steigerung) der bestehenden Rassismen und anderen Diskriminierungsformen unserer Gesellschaft ab. Das bedeutet, dass die KI durchaus rassistisch und diskriminierend agiert aufgrund der Daten, die ihr zur Verfügung gestellt worden sind.

Übertragen auf die Anwendung von iBorderCtrl ist es eine sehr gefährliche Entwicklung, die Einschätzung von Lügen und damit einhergehend des Gefährdungspotentials von Menschen einer KI zu überlassen, die offensichtlich gebastert ist. Besonders, wenn man zusätzlich bedenkt, dass es [wissenschaftlich nicht einmal erwiesen](#) ist, ob es überhaupt möglich ist, eine Lüge im Gesicht eines Menschen zu erkennen.

Wir stellen uns daher ganz klar gegen diese Praktiken, die Rassismus reproduzieren und Menschen, die nicht *weiß* und privilegiert sind, pauschal als Sicherheitsrisiko deklarieren!

Auffällig ist auch die [mangelnde Transparenz](#) von Seiten der EU-Institutionen in Bezug auf die beschriebenen Forschungsprojekte. Weder über die

Finanzierung, noch über die genauen Forschungsziele und Methoden, noch über den späteren Einsatz der Systeme gibt es genaue und öffentliche Berichte. Auch auf Nachfrage von Algorithm Watch bei der europäischen Exekutivagentur für die Forschung (REA), die unter anderem auch für die Finanzierung und Verwaltung von Horizon 2020 zuständig war, wurde erst gar keine und dann nur sehr spärliche Auskunft gegeben.

Es überrascht nicht, dass auch [Frontex](#) bei der "Optimierung" der Grenzüberwachung durch KI-Technologien mitmischt. Die Agentur hat sowohl bei den Fördergeldern, der Forschung als auch bei der Nutzung die Finger mit im Spiel. Enorme Summen werden von und für Frontex im Bereich der Überwachungstechnologien ausgegeben. Sowohl in eigenen Projekten der Agentur, als auch in Zusammenarbeit mit EU-finanzierten Projekten. Seit Jahren ist bekannt, dass Frontex immer wieder in Menschenrechtsverletzungen auf dem Mittelmeer verwickelt ist und dennoch gibt es bis heute keine Konsequenzen für die Agentur und deren Finanzierung. Diese starke Involvierung von Frontex in die EU-finanzierten Forschungen zur autonomen Grenzüberwachung ist einerseits schockierend und andererseits leider wenig überraschend. Die einzige logische Konsequenz, die daraus gezogen werden muss, ist, ein gesellschaftliches Bewusstsein dafür zu schaffen, was im Bereich der europäischen Grenzpolitik falsch läuft und sich entsprechend gegen die europäische Anti-Migrations- & Abschottungspolitik, unterstützt durch Frontex, zu wehren.

Neue Ära der Überwachung: KI in der umstrittenen GEAS-Reform

Auch die GEAS Reform, die von diversen Akteur*innen im Bereich Migration, Flucht und Menschenrechte stark kritisiert wird, da sie die Rechte von Geflüchteten noch stärker einschränkt, bleibt vom geplanten Einsatz der KI nicht verschont. Wir berichteten ausführlicher in unserem zweiwöchentlichen [Newsletter Scirocco](#). Die Kernpunkte der Kritik sind die Screeningverfahren¹, geschlossene Zentren, in denen die Geflüchteten für die Dauer des Asylverfahrens unter haftähnlichen Bedingungen untergebracht sind und die erleichterte Abschiebung in sogenannte sichere Drittstaaten, ohne dass es eine inhaltliche und individuelle Prüfung der Asylverfahren gibt. Mehr detaillierte Infos dazu auf unserer [Website](#).

¹ Das Screening wird zumeist an der EU-Außengrenze stattfinden und soll höchstens sieben Tage dauern. Die Menschen werden identifiziert und registriert. Im Screening wird entschieden, welchem Verfahren die Schutzsuchenden zugeführt werden: Asylverfahren, Asylgrenzverfahren oder Rückführungsverfahren ([Pro Asyl, 2024](#))

Zusätzlich zur bereits bestehenden Kritik an GEAS, veröffentlichte Algorithm Watch auf ihrer Website auch einen [Beitrag](#) zum Einsatz von KI in den beschleunigten Grenzverfahren, die im neuen Migrationspakt festgelegt sind:

*„Der „Migrationspakt“ [sieht](#) Vorabprüfungen und beschleunigte „Grenzverfahren“ vor, und dass abgelehnte Asylbewerber*innen effizienter umgesiedelt und abgeschoben werden sollen. All das soll höchstwahrscheinlich von Automatisierungstechnologien unterstützt werden: indem Handydaten ausgelesen und analysiert werden, mithilfe von KI-basierten Überwachungssystemen in gefängnisähnlichen Einwanderungseinrichtungen, automatisiertem Profiling und Risikobewertungen im Asylverfahren. Damit läuten sie ein, was die zivilgesellschaftliche Koalition ProtectNotSurveil „eine tödliche neue Ära der digitalen Überwachung“ nennt, „die die digitale Infrastruktur für ein EU-Grenzregime erweitert, das darauf basiert, Migrant*innen und rassifizierte Menschen zu kriminalisieren und zu bestrafen““.*

Außerdem soll es Strafverfolgungsbehörden ermöglicht werden, verstärkt KI-Technologien zu nutzen, um (vor allem auch in Sozialen Medien) Fluchtbewegungen zu analysieren und die Aktivitäten der Flüchtenden zu überwachen, ohne dass dabei ein angemessener Rechtsschutz garantiert ist. Offiziell wird die Überwachung mit dem Ziel der Bekämpfung von Menschenhandel und Schleusung begründet. Problematisch ist allerdings, dass diese Maßnahmen der Überwachung in der Umsetzung die Flüchtenden selbst treffen.

Diese Entwicklung ist äußerst besorgniserregend. Ohne legale Fluchtrouten und die Durchsetzung von Menschenrechten für alle, haben Flüchtende keine Möglichkeit, in Europa Schutz zu suchen. Anstatt sichere Einreisewege zu garantieren, wird Migrant*innen die Flucht durch automatisierte Überwachung weiter erschwert. Die EU kriminalisiert systematisch Menschen auf der Flucht (und diejenigen, die sie unterstützen) und hindert sie aktiv daran, ihr Recht auf Asyl in Anspruch zu nehmen.

Versicherheitlichung der EU-Grenzen: KI als Bedrohung für Schutzsuchende

Eine weitere Verschärfung der europäischen Abschottungspolitik, durch die "Sicherung" und Überwachung der Außengrenzen mit Hilfe von KI sehen wir - genau wie die Recherteams von [Algorithm Watch](#) und [ZDF Magazin Royale](#) - als hochproblematisch und gefährlich für Menschen auf der Flucht an.

In der EU-Verordnung zur Nutzung von Künstlicher Intelligenz wird versucht Bürger*innenrechte zu schützen, während gleichzeitig für Migrant*innen und rassifizierte Menschen ein [separater Rechtsrahmen](#) in den Bereichen von

Einreisekontrollen, bei den nationalen Sicherheitsbehörden und in der Strafverfolgung geschaffen wird.

“In seiner endgültigen Fassung [bietet] das EU-KI-Gesetz [...] ungerechtfertigte Schlupflöcher und fördert sogar den Einsatz gefährlicher Systeme zur diskriminierenden Überwachung der am stärksten Ausgegrenzten in der Gesellschaft.“ ([ProtectNotSurveil](#))

Diese separaten Regelungen und Schlupflöcher, die die Rechte von Menschen auf der Flucht einschränken, sind eine Weiterführung der Diskursverschiebung, die spätestens seit 2015 stattgefunden hat. Geflüchtete werden nicht mehr als Schutzsuchende gesehen, sondern immer mehr als Sicherheitsrisiko dargestellt, vor dem sich die EU schützen müsse. Der Fachbegriff "Versicherheitlichung" oder "[Securitization](#)" beschreibt dieses Phänomen. Dabei wird politisch ein "Sicherheitsproblem" konstruiert, das nur durch besondere Maßnahmen gelöst werden kann. Es wird eine so bedrohliche Situation mit akutem Handlungsbedarf konstruiert, sodass demokratische Regeln und Vorgehensweisen über Bord geworfen werden. Ganz grundlegende Menschenrechte, wie das Recht auf Asyl und internationalen Schutz, werden immer weiter in den Hintergrund gerückt und Menschenrechte werden immer weniger als [universell gültig](#), sondern als optional und verhandelbar dargestellt.

Durch die Diskursverschiebung wird der schrittweise immer härtere Einsatz von extremeren Methoden, wie der automatisierte Grenzschutz, gerechtfertigt. Die Überwachung der Grenzen wird als [Lösung für die angebliche Migrationskrise](#) verkauft. Es wird um jeden Preis versucht, die Menschen daran zu hindern, Europa zu erreichen, und dafür wird sehr viel Geld investiert. Es gäbe diverse Möglichkeiten, diese Gelder sinnvoller zu nutzen, beispielsweise für staatlich finanzierte Seenotrettung und menschenwürdige Unterbringung.

Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass sich die EU bewusst dazu entschieden hat, diese Forschungsprojekte zu fördern, die Migrant*innen zu überwachen, um sie von der Einreise abzuhalten. Dieselbe Technologie hätte auch zum Schutz der Menschenrechte verwendet werden können: beispielsweise um Menschenrechtsverletzungen an den Grenzen autonom zu beobachten, illegale Aktivitäten der sogenannten libyschen Küstenwache zu melden oder Notrufe bei Schiffsbrüchen an Behörden senden. Der Einsatz von KI ist nicht per se problematisch, sondern die aktuell durch die EU verfolgte Zielsetzung.

borderline-europe beobachtet in Italien, wie Geflüchtete und die Seenotrettung immer mehr [kriminalisiert](#) werden, Seenotrettungsschiffe [unrechtmäßig festgesetzt](#) werden, Flugzeuge von Seenotrettungsorganisationen am [Abflug und am Monitoring gehindert](#) werden sollen und wie

Pushbacks bitterer Alltag sind. Diese aktuellen Entwicklungen gepaart mit der Perspektive, dass vor allem Drohnen und KI den Mittelmeerraum und auch alle anderen Außengrenzen überwachen sollen und automatisiert die Behörden alarmieren, birgt ein hohes Risiko für mehr illegale Push- und Pullbacks und für eine noch stärkere Unsichtbarmachung, dessen, was wirklich an unseren Außengrenzen passiert. Menschenrechtsverletzungen aufzudecken und zu dokumentieren wird durch KI noch schwieriger werden, ganz zu schweigen von der Möglichkeit, diese gerichtlich anzufechten.

Zudem stellt sich auch eine große Frage von Verantwortung und Rechenschaft: Wenn durch die KI Fehler, Rassismus und falsche Einschätzungen (re-)produziert werden, wer haftet dafür? Wo können Menschen ihre Rechte einklagen? Diese Fragen sind heute schon äußerst schwierig und Prozessführungen bei Menschenrechtsverletzungen [dauern Jahre](#), aber wie die perspektivische Entwicklung dazu aussehen kann, ist noch ein großes Rätsel.